

Welt der Arbeit

Ausgabe 16

www.weltderarbeit.de

19. Januar 2005

WdA im Januar

Täglich ereilen uns neue Nachrichten über Politiker, die neben ihren Fulltime-Jobs in den Parlamenten und in den Wahlkreisen noch für Großunternehmen tätig zu sein scheinen, von diesen jedenfalls beachtliche Zusatzeinkommen beziehen. Das wirft Fragen auf: Für welche Art von so genannter Nebentätigkeit werden die betreffenden Politiker bezahlt? Sollten die Grenzen zwischen Mandats-tätigkeit und Lobbyarbeit etwa längst verwischt sein? Allerdings gibt es bekanntlich Profiteure viel größeren Stils woanders. Deshalb befasst sich die *Welt der Arbeit* stets kritisch mit den vielen Aspekten der Themen Kapital und Arbeit. Diesmal geht es nur um das Eine: um Kapital und dessen Förderung durch die Politik.

Inhalt dieser Ausgabe

Rekorde bei Renditen und Profiten

Seite 1

Wie Armut und Reichtum gefördert werden

Seite 2

Auf dem Weg in die Deflation

Seite 3

Die Alternative: Geldreform

Seite 4

Bei der Bildung darf nicht gespart werden

Seite 5

Stichwort:

Wertschöpfungsabgabe;

Nachrichten

Seite 6

Blick zurück:

Hans Böckler: Gewerkschafter der ersten Stunde

Seite 7

Volksvertreter oder Lobbyisten?;

Vernichtendes Urteil;

Rettet den Reichtum

Seite 8

Wo Geld zu holen ist;

Kommentar; Buchtipps;

Impressum

Seite 9

Rekorde bei Renditen und Profiten

Die Renditen der Konzerne und Vermögensbesitzer sind im vergangenen Jahr gewaltig gestiegen. Die 30 seit 1988 im Dax zusammengefassten großen deutschen Konzerne melden Profitsteigerungen und Zuwächse wie nie zuvor.

Die Profite haben also einen neuen Rekordstand erreicht! Ihr Anteil am gesamten Volkseinkommen stieg nach Mitteilung der Bundesbank im dritten Quartal 2004 auf 30,5 Prozent. Das ist die höchste Quote seit 1971. Die Lohnquote fiel dagegen auf den niedrigsten Stand seit mehr als 30 Jahren. Folglich hat sich die Kluft zwischen Gewinnen und Löhnen extrem vergrößert.

An die Aktionäre werden für das vergangene Jahr durchschnittlich 38 Prozent des Profits ausgeschüttet; im Vorjahr waren es 34 Prozent. Ganz vorn bei den Profiten liegt Daimler-Chrysler. Der Konzern, der in seinem Sindelfinger Werk ab 2007 jährlich 500 Millionen Euro Personalkosten einsparen will, hat eine Profitsteigerung um 677 Prozent zu verzeichnen! Die Deutsche Telekom machte ein Plus vor Steuern von 238 Prozent, der Versicherungskonzern Münchener Rück von 136 Prozent. Im Durchschnitt stieg der Vorsteuergewinn aller 30 Dax-Unternehmen um insgesamt 112 Prozent!

Die Profite steigen viel schneller als die Umsätze. Das ist nur möglich, weil Beschäftigte ausgebeutet oder in die Arbeitslosigkeit abgeschoben werden, Tarifrabatte von Betriebsräten und Belegschaften erpresst werden und sich die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten drastisch verschlechtern. Außerdem wird in der Regel weniger Geld in Forschung und Entwicklung und zur Qualifizierung von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ausgegeben. Die Zukunft der Betriebe und der Menschen, die durch ihre Arbeit die Werte schaffen, wird der Profitgier geopfert! Die Arbeitseinkommen der Beschäftig-

ten sind auch im vergangenen Jahr wieder gesunken. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen sind dagegen um 10,7 Prozent gestiegen. „Mit genau 42,5 Prozent weist die Netto-lohnquote am verfügbaren Volkseinkommen in der langen Geschichte ihres verteilungsbedingten Abstiegs seit den 60er Jahren ein neues Allzeit-tief auf“, schreibt Claus Schäfer vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI). Im Jahr 1960 betrug die Nettolohnquote noch 55,8 Prozent; seitdem ist sie um fast ein Drittel gesunken.

Zur Förderung des Reichtums eines kleinen Teils der Bevölkerung haben verschiedene Bundesregierungen durch ihre jeweilige Steuerpolitik erheblich beigetragen. 1991 standen in Deutschland einer Profitsumme von rund 185 Milliarden Euro bei allen Kapitalgesellschaften etwa 22 Milliarden direkte Steuern gegenüber. Im Jahr 2003 lag das (Miss)Verhältnis bei etwa 300 Milliarden Euro Profit und nur 16 Milliarden Euro Steuern. Trotzdem werden der Staat und seine Bürgerinnen und Bürger betrogen. Nach Schätzung der Deutschen Steuergewerkschaft entgehen Bund, Ländern und Gemeinden durch Steuerhinterziehung jährlich zwischen 50 und 90 Milliarden Euro.

„Wir haben in den letzten Jahren eine fast unverschämte Steuerprivilegierung der Kapitalgesellschaften gehabt. Und zwar deswegen, weil sich die Industriestaaten ausspielen lassen von der globalen Industrie“, schimpfte der ehemalige CDU-Generalsekretär Heiner Geissler in einer Talk-Show. Aber eine andere Politik ist ohne Aufstand der Massen nicht zu erwarten. Im Gegenteil: Manager und Vermögensbesitzer verlangen noch höhere Profite. Vereinbarungen mit abhängig Beschäftigten zur Erhaltung von Arbeitsplätzen sind mit solchen Herrschaften völlig sinnlos.

Franz Kersjes

Wie Armut und Reichtum gefördert werden

Im Zweiten Bericht der Bundesregierung zu den „Lebenslagen in Deutschland“, kurz Armutsbericht genannt, wird eine „detaillierte Analyse der sozialen Lage“ vorgenommen. Die Ergebnisse sind alarmierend: Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer. Das Versprechen der rot-grünen Regierung, sich „für eine Politik zur Stärkung sozialer Gerechtigkeit und zur Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabe“ einzusetzen, wurde nicht erfüllt. Das Armutsrisiko ist gestiegen!

Der Anteil der von Armut betroffenen Haushalte stieg seit 1998 von 12,1 Prozent auf 13,5 Prozent. Die Gründe: Hohe Arbeitslosigkeit und Mehrabgaben, die vor allem die unteren Einkommensgruppen belasten. Auf der anderen Seite gibt es immer mehr Millionäre in Deutschland. 1997 besaßen noch 510.000 Personen über eine Million Euro. Die Zahl stieg bis zum Jahr 2002 auf über 775.000 an. Dazu meint der Wissenschaftler Dieter Eißel, Mitautor des Armuts- und Reichtumsberichts: „Wir hatten im Jahr 1998 bereits eine erhebliche Differenz zwischen arm und reich. Allerdings muss man feststellen, dass diese Unterschiede zwischen oben und unten auch in dieser Regierung zugenommen haben. Das liegt vor allen Dingen daran, dass die Steuern zugunsten der Wohlhabenden, zugunsten der Vermögen, zugunsten der Gewinne reduziert wurden, während die Belastungen bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern und Lohnsteuerzahlern eben geblieben ist oder sogar noch erhöht wurde“.

Nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes vom September 2003 stieg die Steuerbe-

lastung der Bruttolöhne von 6,3 Prozent im Jahr 1960 auf 19,1 Prozent im ersten Halbjahr 2003. Die Gewinn- und Vermögenseinkommen wurden dagegen entlastet. Ihre Steuerbelastung sank zwischen 1960 und Ende 2002 von 20 auf 7 Prozent. Bei Erwerbstätigen mit Bruttoeinkommen zwischen 20.000 und 60.000 Euro wurden die Steuersätze zwischen 1998 und 2004 durchschnittlich um vier bis fünf Prozent reduziert. Bei Bruttoeinkommen zwischen 500.000 und einer Million Euro wurden die Steuersätze dagegen um rund zehn Prozentpunkte gesenkt.



Grafik: arbeiterfotografie.com

In den alten Bundesländern hat das Nettovermögen des reichsten Viertels der Bevölkerung um 27,5 Prozent zugenommen, das des ärmsten Viertels um 50 Prozent abgenommen. Monatlich kassierten im Jahr 2002 die hundert reichsten Personen in Deutschland durchschnittlich 1.094.931.271,48 Euro; das sind an 230 Arbeitstagen im Jahr täglich 57.126.848,95 Euro. Aus einer Studie der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) geht hervor, dass 23 Prozent der deutschen Haushalte mit weniger als 1.100 Euro netto im Monat auskommen müssen.

Ein Beispiel der Reichtumsförderung: Der Spitzensteuersatz wurde bereits zu Beginn des Jahres 2004 von 48,5 auf 45 Prozent gesenkt. Für die Familie Quandt, eine der reichsten Familien Deutschlands mit einem geschätzten Gesamtvermögen von rund 20 Milliarden Euro, bedeutete das eine Steuersenkung von 7 Millionen Euro!

Allein in den vergangenen vier Jahren ist die Zahl der verschuldeten Haushalte von 2,77 auf 3,13 Millionen gestiegen. An den Schulden der sozial schwachen Bevölkerung und an den Schulden des Staates verdienen die Vermögensbesitzer. Sie verleihen von ihrem angesammelten Kapital erhebliche Beträge über Banken und Fondsgesellschaften an diejenigen, die sie dringend benötigen. Statt angemessene Steuern zu zahlen, kassieren sie für ihre Kredite einen erheblichen Teil der Steuereinnahmen.

Der Staat macht Schulden, weil er vor allem auf eine angemessene Besteuerung der Reichen verzichtet. Allein im vergangenen Jahr betrug der Schuldenzuwachs des Staates fast 85 Milliarden Euro. Etwa 70 Milliarden Euro Zinsen kassieren die Geldverleiher zurzeit jährlich für diese Staatsschulden.

Mit Hilfe des Zinses findet eine permanente Umverteilung von Arbeit zu Vermögen statt. Der Zinseszins verstärkt diese Entwicklung. Deshalb muss die Gesellschaft immer mehr Wirtschaftskraft aufbringen, um die Zinsen zu bezahlen. Die Folgen erleben wir täglich.

Franz Kersjes

Auf dem Weg in die Deflation?

Deutschland steht am Beginn einer Deflation. Das befürchtet eine wachsende Zahl von Fachleuten der Ökonomie. Im Gegensatz zur Inflation entsteht eine Deflation, wenn das Wachstum der Geldmenge längere Zeit geringer ist als das Wachstum des realen Sozialproduktes. Die Besitzer großer Vermögen investieren ihre in Deutschland erzielten Profite zurzeit überwiegend auf solchen Finanzplätzen der Welt, wo sie die höchsten Renditen erwarten können. Damit entziehen sie dem deutschen Kapitalmarkt riesige Investitionssummen.

Deflation ist kein schicksalhaft hereinbrechendes Naturereignis, keine unvermeidliche Wirtschaftskrise. Deflation entsteht durch mangelhafte Geldversorgung. Die öffentlichen Kassen sind leer; die Kaufkraft der Bevölkerung sinkt. Der Einzelhandel beklagt heftig erhebliche Umsatzrückgänge. In einem Rabatt-Wettbewerb versucht der Handel, die Verbraucher wieder zu mehr Konsum zu motivieren. Versandhäuser verbilligen reihenweise ihre Produkte, und Kaufhäuser locken mit Preisnachlässen von mehr als 50 Prozent. Aber es wird nichts wirklich billiger, im Gegenteil. Es sieht nur so aus, als werde etwas billiger, weil die Preise für Löhne, Leistungen und Güter sich der schrumpfenden Geldmenge anpassen. Es wird also die in der Wirtschaft tatsächlich verfügbare Geldmenge, mit der alles bezahlt werden muss, immer kleiner.

Die hohe Arbeitslosigkeit, spürbare Einschnitte bei den Sozialleistungen und die Erhöhung von Abgaben belasten die Konsumnachfrage und verunsichern viele Menschen. Die Umsetzung von

Hartz IV beschleunigt die Gefahr einer Deflation.

Der Verzicht auf Steuern der Reichen schafft Armut

Der notwendige Beschäftigungsaufbau ist vor allem durch Investitionen und eine steigende Konsumnachfrage zu erreichen. Doch der Staat kann kaum noch investieren, wenn er weiterhin z.B. auf angemessene Steuern der Reichen verzichtet. Woher soll ein größerer Konsum kommen, wenn den Verbrauchern durch sinkende Nettoeinkommen, geringere Sozialleistungen und steigende Arbeitslosigkeit immer mehr Kaufkraft entzogen wird?

Mit der Drohung, Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern, werden Bund, Länder, Gemeinden und Gewerkschaften erpresst. Die Öffentliche Hand wird dazu gezwungen, Steuern und Abgaben zu senken und preisgünstiges Bauland einschließlich unentgeltlicher Erschließung zur Verfügung zu stellen. Und die Gewerkschaften werden dazu genötigt, Sonder tarifverträge abzuschließen und massiven Stellenabbau hinzunehmen, solange wenigstens ein Teil der Arbeitsplätze erhalten bleibt. Investoren brauchen dagegen weniger Geld einzusetzen, um Produktionsanlagen zu verbessern oder neu einzurichten. Auf diese Weise gelingt es den umworbenen Investoren, bei weiter sinkendem Aufwand das gleiche oder gar mehr Volumen an Produkten und Leistungen am Markt anzubieten und mit zunehmenden Exportanteilen profitabel abzusetzen.

Von dem Druck, den das Kapital ausübt, sind aber nicht nur die abhängig Beschäftigten betroffen, sondern auch kleinere Gewerbebetriebe, der Einzelhandel, das Hand-

werk, wo ein ruinöser Wettbewerb um den letzten Cent der Kunden bereits begonnen hat.

Es wird leider immer wieder vergessen, dass weniger Geld in Umlauf kommt, wenn weniger Beschäftigte für geringere Löhne arbeiten und die Steuereinnahmen sinken. Die rückläufigen Einnahmen des Staates und der staatlichen Sozialkassen werden als ein Signal zum Sparen interpretiert. Wenn der Staat weniger ausgibt, gelangt aber noch weniger Geld in den Kreislauf.

Wenn nichts geschieht, dreht sich die Spirale nach unten endlos weiter. Wegen Absatzschwierigkeiten entlassen die meisten Firmen Arbeitnehmer oder sie erzwingen den Verzicht auf tarifliche Leistungen. Dadurch sinken die Einkommen der Verbraucher, die Unternehmen verkaufen noch weniger. Erneut werden Beschäftigte entlassen und Lohn- und Gehaltskürzungen erzwungen. Die Nachfrage bricht immer weiter ein

Kapazitäten bleiben ungenutzt

Die Produktionskapazitäten sind in vielen Branchen stark gestiegen, können aber wegen fehlender Nachfrage nicht ausreichend genutzt werden. Es kommt immer häufiger zu Pleiten und Kreditausfällen. Unverzichtbar zur Abwehr einer Deflation sind private und öffentliche Investitionen, die Stärkung der Kaufkraft und eine Sicherung der Sozialleistungen, damit der Konsum steigt und eine positive Zukunftserwartung bei Beschäftigten und Arbeitslosen entsteht. Eine Regierung, die kein Vertrauen und keine Zuversicht im Volk schaffen kann, ist dann allerdings auch verantwortlich für eine Deflation und deren verhängnisvollen Folgen. F.K.

Die Alternative: **Geldreform**

Wer Geld verleiht, verlangt dafür Zinsen. Stets fließen alle Zinsen von der Arbeit zum Besitz. Mit jeder Zinszahlung erhalten diejenigen noch mehr Geld, die bereits viel hatten und es verleihen konnten. Umgekehrt fließt zusätzliche Kaufkraft bei jenen ab, denen bereits Geld fehlte und die es sich deshalb leihen mussten. Sozial problemlos sind solche Zinsströme nur dann, wenn mit Hilfe der Kredite Produktion und Arbeitseinkommen im gleichen Tempo gesteigert werden können wie Schulden und Geldvermögen zunehmen. Das ist aber längst nicht mehr der Fall. Die Schere zwischen Leistung und Geldvermögen öffnet sich beständig weiter und führt zu immer größeren Einkommensumschichtungen.

Die Herausforderung

Die stetig von unten nach oben fließenden Geldbeträge müssen durch Arbeit erwirtschaftet werden und gelangen über die in den Verbraucherpreisen versteckten Zinsen und über Steuern in die Taschen der Reichen. Dies ist nichts anderes als eine Form von Sklaverei, denn jeder, der kein riesiges zinsbringendes Vermögen besitzt, schuffet ein Drittel seiner Arbeitszeit dafür, dass die Wohlhabenden ihre Vermögen verzinst bekommen, ohne dass diese dafür auch nur einen Finger krumm machen. Niemand sollte sich also darüber wundern, dass die Unterschiede zwischen Reich und Arm immer größer werden. Seltsamerweise wird behauptet, wir lebten in einer „Leistungs-gesellschaft“, obwohl es bei Zins-trägen ganz offensichtlich nicht um die Belohnung von Leistung, also Arbeit, geht, sondern um die Belohnung von Besitz.

Die meisten Menschen glauben,

dass sie Zinsen nur dann bezahlen, wenn sie sich Geld leihen, dass sie also nur das Geldleihen vermeiden müssten, wenn sie keine Zinsen zahlen wollen. Tatsache ist jedoch: In jedem Preis, den wir bezahlen, sind Zinsanteile enthalten. Das sind die Zinsen, die Produzenten von Gütern und Dienstleistungen der Bank zahlen müssen, um Maschinen, Gebäude usw. anschaffen zu können oder die Zinsen, die sie für ihr Eigenkapital bekämen, wenn sie es der Bank zur Anlage überließe. Ungewollt und meistens ohne dies zu wissen, zahlt also jeder auch unverschuldete Mensch beim Einkauf Zinsen an die Reichen.



Die fatalen Folgen des Rentabilitätsprinzips lassen sich gerade in Deutschland gut erkennen: Es gibt eine steigende Zahl von Arbeitslosen, obwohl es an Aufgaben nicht mangelt. Statt für Arbeit an diesen Aufgaben Kapital zur Verfügung zu stellen, bevorzugen Geldgeber jedoch renditeträchtige Langzeitverzinsungen oder Devisen- und Aktienspekulationen. Fazit: Wo das Geld gebraucht wird, ist es nicht; wo es ist, wird es nicht gebraucht.

Die enormen Zinszahlungen des Staates für das geliehene Geld schränken die politischen Handlungsmöglichkeiten immer mehr ein. Der Anteil der eingenommenen Steuern für Zinszahlungen stieg in den vergangenen zwölf Jahren von 13,7 auf 16 Prozent.

Der Staat zahlt jährlich fast 70 Milliarden Euro Zinsen. Immer öfter müssen neue Kredite zur Zahlung von Zinsen für bisherige Schulden aufgenommen werden.

Die Idee

Bei der großen Problematik des Zinssystems drängt sich die Frage auf, ob es zum Zins überhaupt irgendwelche Alternativen geben kann. Geld muss zirkulieren, damit die Wirtschaft funktionieren kann. Geldbesitzer können aber mit zunehmendem Reichtum ihr Geld zurückhalten, ohne selbst Schaden zu nehmen. Die Folge einer solchen Hortung ist jedoch, dass das Geld dem Wirtschaftskreislauf entzogen wird und somit nicht mehr dem lebensnotwendigen Austausch von Waren zur Verfügung steht. Deshalb muss sichergestellt sein, dass der Umlauf des Geldes funktioniert. Statt die Freigabe von Geldern durch Zinsgeschenke zu belohnen, wäre es sinnvoller, die Hortung mit einer Gebühr bzw. einer Steuer zu belegen. Für die technische Umsetzung dieser Idee gibt es verschiedene Möglichkeiten. Der wesentliche Effekt ist in jedem Fall, dass das Geld unter Angebotsdruck gerät und kaum noch Zinsen bringt. Die Vermeidung der Gebühr wäre Anreiz genug, Geld kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr zu verleihen. Durch das verstärkte Kreditangebot fiele der Zins gegen Null. Für die wirtschaftlichen Abläufe würde sich im Wesentlichen nichts ändern; aber mit der ständig wachsenden Umverteilung des Geldes von der Arbeit zu Reichtum wäre endlich Schluss.

-es.

Weitere Informationen unter www.inwo.de

Bei Bildung darf nicht gespart werden!

In diesen Wochen wird viel über die zweite Pisa-Studie berichtet, und es werden die Mängel in unserem Bildungssystem diskutiert. Das deutsche Bildungssystem erweist sich als Weltmeister in der sozialen Ausgrenzung. Kinder aus schwächeren sozialen Schichten werden häufig später schulreif, bleiben öfter im schulischen System hängen und bekommen einen schlechteren Schulabschluss als Kinder aus Mittel- und Oberschichten. Nur 6 Prozent der Kinder aus Arbeiterhaushalten schaffen es an die Hochschule. Das ist der niedrigste Wert in der deutschen Nachkriegsgeschichte!

Geld und Bildungsstand der Eltern bestimmen immer noch den Schulweg der Kinder! Chancengleichheit und Integration kommen bei uns weiterhin zu kurz: Nur in Ungarn, Belgien und Portugal haben Ausländerkinder und Kinder aus sozial schwachen Familien schlechtere Bildungsaussichten als in Deutschland.

Experten sehen in unserem gegliederten Schulsystem eine der wesentlichen Ursachen für die Misere. Eine nur vierjährige Grundschulzeit mit einem anschließenden dreigliedrigen Sekundarsystem passt eher zu einem Obrigkeitsstaat mit dem Erziehungsziel des werktätigen Untertanen als zu einer modernen Demokratie.

Wer arm ist, lernt weniger

Tatsache ist: Kinder aus begüterten Familien erhalten Förderung über den Schulunterricht hinaus; Kinder armer Eltern werden aussortiert. Etwa 22 Millionen Euro zahlen deutsche Eltern pro Woche für Nachhilfe-, also Zusatzunterricht. Das sind im Schnitt 35 Euro pro Haushalt und rund 1,5

Milliarden Euro pro Jahr - so viel wie in keinem anderen europäischen Land! Aber trotz aller Nachhilfe erreichen nur 38 Prozent der Schüler und Schülerinnen die Hochschulreife, während dies in Schweden mit 74 Prozent fast doppelt so vielen gelingt.

Es fehlen Lehrerinnen und Lehrer, es fehlen Ganztagschulen und es fehlt ein Schulsystem, das auf Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen, egal aus welchem Elternhaus sie kommen, ausgerichtet ist.

Ein Drittel in der Warteschleife

Wir haben unsere gewerkschaftliche Kritik sehr nachdrücklich in die Diskussion über die beruflichen Ausbildungschancen eingebracht. Die Illustrierte "Stern" hat zur Ausbildungsstellen-Situation in konkreten Zahlen aufgeschlüsselt, dass von den 890.000 jungen Leuten, die eine Ausbildungsstelle suchen, im Jahr 2004 nur etwa 460.000 in Industriebetrieben, im Handwerk, im öffentlichen Dienst oder in freien Berufen untergekommen sind. Es gibt Ersatzlösungen und Warteschleifen für rund 33 Prozent aller Bewerberinnen und Bewerber. Und es gibt staatlich finanzierte außerbetriebliche Lehrstellen in Ausbildungszentren; es gibt Berufsfachschulen, Fachoberschulen und manches mehr. Aber die Unternehmer und Manager in Deutschland sind ihrer Zusage und Verpflichtung nicht annähernd gerecht geworden, nämlich allen jungen Menschen, die eine betriebliche Berufsausbildung suchen, auch ein Angebot zu machen!

In diesen Wochen machen die Gewerkschaften mit vielen Aktivitäten auch auf einen dramati-

schon Niedergang der Einrichtungen der Weiterbildung aufmerksam. Kritisiert wird die starke Kürzung der Finanzmittel durch die Bundesagentur für Arbeit. Die Ausgaben für die Weiterbildung sind seit 2002 nahezu halbiert worden! Für 2005 werden weitere Kürzungen befürchtet. Gegenüber dem Vorjahresmonat November lagen die Neueintritte in Weiterbildungsmaßnahmen um 44,6 Prozent niedriger.

Die berufliche Bildung muss den Erwerbslosen in Zukunft weiterhin die Möglichkeit zur Qualifizierung geben, damit sie neue Chancen für den ersten Arbeitsmarkt erhalten. Auch wenn Weiterbildung die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen kann, so mindert sie für die Betroffenen doch die Risiken am Arbeitsmarkt.

Gewerkschaften sind gefordert

Im Zeitalter der Globalisierung, der Massenarbeitslosigkeit und der Standortkonkurrenz muss die gewerkschaftliche Bildungsarbeit zielführend intensiviert werden. Die Bedingungen für die Bildungs- und Handlungsbereitschaft unserer Kolleginnen und Kollegen sind im Vergleich zu den 70er Jahren wesentlich schwieriger geworden. Aber wir müssen Orientierung geben.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit muss einen nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung der gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit leisten. Eine intensive Auseinandersetzung mit der politischen Entwicklung ist unverzichtbar.

(Auszüge aus einer Rede, die von Franz Kersjes am 14.12.2004 aus Anlass der Verleihung der Alfred-Gundlach-Medaille an verdiente Gewerkschafter des DGB Östliches Ruhrgebiet in Dortmund gehalten wurde)

Stichwort: Wertschöpfungsabgabe

Seit Jahren wird vor allem in Österreich und zeitweise auch in Deutschland über die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe zur Sicherung der sozialen Systeme diskutiert. Mit zunehmender Arbeitslosigkeit wird die Abgabenbelastung der Arbeitskosten immer stärker als beschäftigungshemmend angesehen. Die hohe Besteuerung des Faktors Arbeit im Verhältnis zur Besteuerung des Faktors Kapital fördert Rationalisierungsmaßnahmen und Personalabbau.

Probleme bei der Finanzierung der Sozialversicherung haben dazu geführt, dass nach zusätzlichen Geldquellen gesucht wird. Der Beitrag der Unternehmen zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme entspricht schon lange nicht mehr der tatsächlichen Wertschöpfung der Unternehmen. In zahlreichen Betrieben wird mit weniger Beschäftigten immer mehr produziert. Die Lohn- und Gehaltssumme eines Unternehmens ermöglicht daher keine Aussage über dessen Wirtschaftskraft. Im Zuge technologischer Erneuerungen wird eine höhere Wertschöpfung erzielt; aber der Beitrag dieser Unternehmen zur sozialen Sicherung wird immer geringer.

Die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Sozialleistungen wird oft als „Umbasierung“ der Sozialversicherungsbeiträge bezeichnet. Der Unternehmerbeitrag wird bei diesem Konzept komplett oder teilweise auf eine Wertschöpfungsabgabe umgestellt. Bezugsbasis dieser Abgabe ist die gesamte Wertschöpfung des Unternehmens. Das heißt, zusätzlich zu den versicherungspflichtigen Löhnen und Gehäl-

tern werden auch Gewinne, Zinsen, Mieten, Abschreibungen und Pachten erfasst. Es soll also nicht mehr allein die Lohnsumme, sondern die Leistungsfähigkeit des Unternehmens zum Gradmesser werden.

Da der Anteil der Arbeitskosten an der Wertschöpfung eines Unternehmens zwischen den Branchen sehr unterschiedlich ist, kommt es bei einer „Umbasierung“ sowohl zu Entlastungen als auch zu Mehrbelastungen. Höhere Beiträge hätten kapitalintensive Branchen wie Energiewirtschaft, Handel, Verkehr, Kreditinstitute und Versicherungen zu leisten; entlastet würden dagegen Industriebetriebe, das Baugewerbe und große Bereiche des verarbeitenden Gewerbes.

Alle Unternehmen, die überwiegend Rationalisierungsinvestitionen vornehmen und Beschäftigte entlassen, entziehen sich unter den gegenwärtigen Umständen immer mehr ihrer Beteiligung an der Finanzierung der Sozialsysteme. Notwendig ist deshalb eine Verbreiterung der Beitragsgrundlage. Dadurch könnten verstärkt solche Unternehmen zur Kasse gebeten werden, die ihren Profit mit geringem Personalaufwand erreichen. Die Wertschöpfungsabgabe wird manchmal auch als Maschinensteuer bezeichnet. Dies ist allerdings unzutreffend, weil durch eine Wertschöpfungsabgabe zwar die Abschreibungen einbezogen würden, nicht aber einseitig Investitionen. Es geht den Vordenkern dieser „Umbasierung“ also nicht um die einseitige Belastung des Faktors Kapital, sondern um eine gleiche Belastung aller Komponenten der Wertschöpfung.

-es.

Nachrichten

BDI-Boss fordert Sozialabbau

Der neue BDI-Präsident Jürgen Thumann hat die Bundesregierung aufgefordert, ihren „Reformkurs“ fortzusetzen. Im WDR erklärte er, es müssten vor allem kleinere Unternehmen durch eine Änderung der Steuergesetze und die Senkung der „Lohnzusatzkosten“ entlastet werden. Diese „Zusatzkosten“ könnten überhaupt nur durch Abkoppelung der Gesundheitskosten vom Lohn gemindert werden. Auch am Kündigungsschutz müsse „gearbeitet“ werden.

Gleiches Geld für Leiharbeiter

Leiharbeiter müssen nach dem Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ grundsätzlich genauso bezahlt werden wie die Stammbeschäftigten in dem Betrieb, an den sie ausgeliehen wurden. Das hat das Bundesverfassungsgericht entschieden (AZ: 1 BvR 2283/03).

Unternehmer fordern Billig-Jobs

Die deutsche Wirtschaft will von Hartz IV profitieren. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Martin Wansleben, fordert eine flächendeckende Einführung von Ein-Euro-Jobs in den Betrieben. Langzeitarbeitslose sollten – wie in der Zeitarbeit – an Betriebe ausgeliehen werden, und „diese zahlen dafür eine individuell vereinbarte, marktgerechte Gebühr von beispielsweise 3 oder 4 Euro pro Stunde an die Arbeitsagentur. Die Arbeitslosen ihrerseits erhalten ihr Arbeitslosengeld II plus 1 Euro pro Stunde“.

Kommunale Investitionen sinken

Als Folge fehlender Steuereinnahmen sind die Sachinvestitionen der Kommunen 2004 auf 21 Milliarden Euro gesunken. Seit mehr als 10 Jahren hält die Talfahrt an. 1995 waren es noch 28,8 Mrd. €.

Blick zurück**Hans Böckler: Gewerkschafter der ersten Stunde**

Nur 16 Monate war Hans Böckler Vorsitzender des DGB. Trotzdem steht sein Name für die ganze Gründungsgeschichte des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Als er im Oktober 1949 zum DGB-Vorsitzenden gewählt wurde, war er bereits 74 Jahre alt. Sein Geburtstag jährt sich am 26. Februar dieses Jahres zum 130. Mal.

Er war Sohn eines Fuhrmanns und stammte aus Trautskirchen, einer Gemeinde bei Fürth. Als gelernter Gold- und Silberschläger schloss er sich neunzehnjährig der Sozialdemokratischen Partei und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband (DMV) an. Bald wurde er Funktionär des Verbandes, dann Angestellter in der Vertriebsabteilung der Metallarbeiter-Zeitung. Wenige Tage nach Beginn des Ersten Weltkriegs wurde er zum Landsturm eingezogen und kehrte nach zwei Jahren, verwundet und ‚felddienstuntauglich‘, zum DMV zurück.

Nach Kriegsende wurde Hans Böckler Sekretär der sogenannten Zentralarbeitsgemeinschaft in Berlin. Das war ein paritätisch besetztes Gremium von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite, das den Versuch unternahm, wirtschaftliche, soziale und arbeitsrechtliche Probleme einvernehmlich zu lösen – ein Beginn von Arbeiter-Mitbestimmung in der Weimarer Republik. Ein Teil der organisierten Arbeiterschaft sah dies als einen Gewinn von Wirtschaftsdemokratie an, ein anderer betrachtete die Mitwirkung von Gewerkschaftsvertretern in diesem Gremium alserrat am Klassenkampf. Auch die Arbeitgeberseite, besonders aus der Schwerindustrie, wollte die

Zugeständnisse aus der Umbruchzeit vom November 1918 lieber heute als morgen rückgängig machen. Schließlich waren es jedoch die Freien Gewerkschaften, die ihre Mitwirkung aufkündigten.

Der DMV war schon 1919 aus dem Gremium ausgeschieden. Hans Böckler ging 1920 als Bevollmächtigter seines Verbandes nach Köln. Dort engagierte er sich auch in der SPD, wurde in den Stadtrat gewählt und hatte erste Gelegenheiten, Politik und Taktik des Oberbürgermeisters kennen zu lernen; der hieß Konrad Adenauer. Die beiden Männer begegneten sich nach der Katastrophe des nächsten Weltkrieges in anderen Positionen wieder.

1928 wurde Hans Böckler, inzwischen in Düsseldorf Bezirksvorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), für den Wahlkreis Köln-Aachen in den Reichstag gewählt. Ihm gehörte er an, bis das Nazi-Regime die Sozialdemokratische Partei Deutschlands am 22. Juni 1933 verbot. Die Gewerkschaftsbewegung war schon vorher, am 1. Mai 33, zerschlagen worden.

Obwohl sich Hans Böckler am politischen Widerstand nicht aktiv beteiligte, wurde er mehrfach in sogenannte Schutzhaft genommen, aber jedes Mal wieder frei gelassen. Dass er mit der illegalen Reichsleitung der Gewerkschaften unter Wilhelm Leuschner Jahre lang Verbindung hielt, blieb unentdeckt. Erst als Leuschner nach dem 20. Juli 1944 verhaftet wurde, tauchte Hans Böckler bis Kriegsende unter.

1945 gehörte er zu den Ersten, die sich für den Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung einsetzten. Nach Böcklers Vorstellungen hätte es eine zentralistische Einheitsgewerkschaft gegeben. Doch die Besatzungsmächte forderten einen Gewerkschaftsbund, dessen Mitglieder selbstständige Industriegewerkschaften sein sollten. Als Vorsitzender dieses Bundes in der britischen Zone arbeitete Hans Böckler intensiv an der Schaffung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und an dessen künftigen Programm.

Nachdem sich die Gewerkschaftsbünde in den drei ehemaligen westlichen Besatzungszonen zusammen geschlossen hatten, wurde der DGB im Oktober 1949 mit Hans Böckler als Vorsitzendem in München gegründet. In seiner programmatischen Rede erläuterte er, was anschließend als Münchner Grundsatzprogramm des DGB beschlossen wurde und bis 1963 in Kraft blieb.

In der kurzen Lebensspanne, die ihm nach seiner Wahl noch blieb, setzte sich Hans Böckler mit aller Kraft für die Arbeiter-Mitbestimmung ein. Hier war er, nun erster DGB-Vorsitzender, erneut konfrontiert mit Adenauer, inzwischen erster Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Es waren tatsächlich Konfrontationen; es waren dramatische Auseinandersetzungen. Unterstützt durch Urabstimmungen der Metallarbeiter und der Bergleute, wurde zunächst immerhin der Kampf um die Mitbestimmung in der Montanindustrie gewonnen. Hans Böckler erfuhr davon wenige Tage vor seinem Tod am 16. Februar 1951. *A. Riedel*

Volkvertreter oder Lobbyisten ?

Täglich erhalten wir neue Informationen über Zahlungen an Politiker für Aufsichtsratsposten, für Beratertätigkeiten und andere nicht messbare Leistungen. Der Verdacht liegt nahe, dass ihnen, die mit ihren politischen Ämtern ausgelastet sein müssten, ihre Entscheidungen von den zahlenden Firmen abgekauft werden sollen. Es muss deshalb gesetzliche Regelungen geben, die Transparenz durch Offenlegung der Nebeneinkünfte verlangen. Bisher liegen die deutschen Regelungen zur Abgeordnetenbestechung jedenfalls weit unter internationalem Standard.

Die Antikorruptionsorganisation Transparency hat die Bundesregierung aufgefordert, die UN-Konvention gegen Korruption in Deutschland rasch zu ratifizieren.

Rettet den Reichtum! Die Politik des globalen Kapitals und der Widerstand dagegen

Eine Ausstellung des Bundesverbandes Arbeiterfotografie in Zusammenarbeit mit der Mediengalerie und ver.di Fachbereich Medien, Kunst und Industrie, Berlin-Brandenburg

Fast zeitgleich mit dem Inkrafttreten der so genannten Hartz-IV-Gesetzgebung, einer Zäsur beim Umbau unseres Staates, betreiben nahezu 30 Fotografen und Fotografinnen die Suche nach dem verschwundenen Reichtum, zeigen und analysieren die Situation, streifen dabei lokale wie globale Aspekte. Sie tun dies mit unterschiedlichen Mitteln, mit Einzelphotos, Serien, Reportagen, Collagen und Montagen, in der Absicht, mit ihren Arbeiten einen Beitrag zum Widerstand zu leisten.

Die Ausstellung ist noch bis zum 6. Februar, jeweils montags bis donnerstags von 12 bis 19 Uhr, in der Mediengalerie, Haus der Buchdrucker, Dudenstraße 10, Berlin-Kreuzberg, zu besichtigen.

Um den Anforderungen der Konvention zu entsprechen, soll § 108e des Strafgesetzbuches deutlich verschärft und damit den Regelungen gegen Bestechung von Abgeordneten im Ausland endlich angepasst werden.

Nach einer Studie der Universität Jena beurteilen fast 1.000 Abgeordnete von Landtagen und des Bundestages ihre Mandate als Fulltime-Jobs mit jeweils etwa 60 Wochenarbeitsstunden. Umso erstaunlicher ist, dass jeder vierte Bundestagsabgeordnete daneben noch genug Zeit und Kraft für weitere Jobs aufbringen kann. Sie sitzen in Aufsichtsräten, Beiräten, arbeiten angeblich weiter für die alte Firma und kassieren kräftig ab. Konzerne wie RWE haben zudem Dutzende von Kommunalpolitikern auf

ihren Gehaltslisten stehen. Die Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, welchem Zweck die Nebentätigkeiten und –einkünfte der Parlamentarier dienen. Sind sie mit dem Auftrag der Wähler/innen vereinbar? Kurz: Wer wird für was bezahlt?

Abgeordnete von Bundestag und Landesparlamenten unterliegen bislang keinerlei gesetzlichen Beschränkungen im Hinblick auf Nebentätigkeiten und damit erzielte Einkünfte. Mitglieder des Bundestages sind nur verpflichtet, solche Tätigkeiten zu veröffentlichen und Einkünfte, die 3.000 Euro monatlich übersteigen, dem Bundestagspräsidenten mitzuteilen. Der muss die Angaben allerdings vertraulich behandeln. CDU/CSU und FDP lehnen die Forderung nach Verschärfung der Offenlegungspflichten ab. K.

Vernichtendes Urteil

In keinem anderen Land Westeuropas ist das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Eliten so groß wie hierzulande. Eine repräsentative Umfrage des Emnid-Instituts, die in die weltweite Untersuchung „Voice of the people“ einfließt, offenbart ein vernichtendes Urteil für Deutschlands Manager und Politiker. So halten 70 Prozent der Befragten Konzernchefs für unehrlich, 80 Prozent ihre Macht für zu groß. So schlecht kommen Unternehmenslenker bei der Bevölkerung sonst nur noch in Entwicklungsländern wie Albanien oder Costa Rica weg.

76 Prozent der Deutschen halten die Politiker für unehrlich. Knapp drei Viertel der Befragten kritisieren zudem, dass die deutschen Politiker zuviel Macht auf sich vereinen.

Wie tief die Kluft zwischen der deutschen Politik- und Wirtschaftselite und den Normalbürgern mittlerweile ist, zeigt auch der Blick in die europäischen Nachbarländer, wo das Urteil der Bevölkerung deutlich milder ausfällt. So werfen beispielsweise nur 36 Prozent der Franzosen ihren Politikern Unehrlichkeit vor, bei den Wirtschaftsbossen können sogar nur 22 Prozent der Befragten unredliches Verhalten erkennen. Allenfalls in Japan ist es unter den großen Industriestaaten um das Vertrauen der Bürger in Politik und Wirtschaft ähnlich schlecht bestellt. Auch in den USA, wo in den vergangenen Jahren Bilanzskandale von Konzernen wie Enron für weltweite Schlagzeilen sorgten, trauen die Bürger ihren Managern mehr zu.

Nach: Die Welt, 19.11.04

Wo Geld zu holen ist

Große Vermögen werden in der Regel weit geringer besteuert als Arbeitseinkommen. Durch Nutzung von Abschreibungsmöglichkeiten bleibt für die Einkommenssteuer fast nichts übrig. Wertsteigerungen (Veräußerungsgewinne bei Immobilien und Aktien) müssen bei längerfristiger Anlage überhaupt nicht versteuert werden, und gerade bei großen Vermögen ist ein Übermaß an Steuerhinterziehung zu verzeichnen.

Eine grundlegende Reform des deutschen Steuersystems ist dringend erforderlich. Eine Gesellschaft, die ihren Zusammenhalt nicht gefährden will, ist auf Prinzipien sozialen Handelns angewiesen – auch im Steuerrecht.

Die *erste* Grundregel ist, dass jeder nach seiner Leistungsfähigkeit Steuern zu zahlen hat. Die *zweite* Grundregel ist das Gleichheitsprinzip. Dies ist ein entscheidendes Merkmal der Gerechtigkeit, gegen das aber oft verstoßen wird. Gleichheit

bedeutet: Jeder hat bei gleichem Einkommen gleiche Steuern zu zahlen.

Die *dritte* Grundregel ist die Praktikabilität des Steuerrechts. Es muss so einfach, transparent und verständlich sein, dass jeder Betroffene nachlesen und begreifen kann, was er zu tun und zu lassen hat. Bierdeckel sind dazu nicht erforderlich.

Die Vermögenssteuer, die seit 1997 in Deutschland nicht mehr gezahlt werden muss, ist auf einer neuen Rechtsgrundlage wieder einzuführen!

Ver.di und attac haben gemeinsam ein überzeugendes Steuerkonzept vorgelegt, das sich wesentlich von den Vorschlägen der großen Parteien unterscheidet. Ziel ist, die Steuerlast sozial gerecht zu verteilen, die Besteuerung zu vereinfachen und die Finanzierbarkeit der öffentlichen Ausgaben sicherzustellen. Die öffentliche Debatte dazu muss vor allem von den Gewerkschaften geführt werden.

www.wipo.verdi.de

* *

Buchtipps

Maria Mies
Krieg ohne Grenzen

Die neue Kolonisierung der Welt
*PapyRossa Verlag, 227 Seiten,
14,80 Euro*

Angeblich führt weltweiter Freihandel zu einer friedlicheren Welt und trägt dazu bei, Menschenrechte und Wohlstand zu exportieren. Dieser Behauptung widerspricht Maria Mies aufs Schärfste. Ihrer Auffassung nach mündet globaler Freihandel im Rahmen neoliberaler Globalisierung in eine neue Form von Kriegen.

Dabei geht es nicht um Eroberungen, sondern um die Öffnung von Märkten für das internationale Kapital.

Maria Mies arbeitet überzeugend den Zusammenhang zwischen Globalisierung und Krieg heraus und begründet, warum der globale freie Markt und das neoliberale Modell ohne weltweite Gewalt und militärische Macht nicht auskommen. Und sie zeigt, dass dem Krieg nach außen ein Krieg nach innen entspricht: Zerstörung von Sozialstaat und Demokratie, wachsende gesellschaftliche Ungleichheit und Repression.

Kommentar

Clement

Gerhard Schröder fühlt sich für Erfolge zuständig. Wenn er Zweifel am Erfolg hat, sucht er rechtzeitig nach Schuldigen. Nun macht er Wolfgang Clement für das Gelingen von Hartz IV persönlich verantwortlich. In einem Interview mit dem „Stern“ betonte er, „dass die Verantwortung eindeutig beim Bundeswirtschaftsminister liegt“. Vom Erfolg der so genannten Arbeitsmarktreformen ist er offensichtlich nicht mehr überzeugt. „Wir müssen abwarten, wie effektiv die reformierte Arbeitsagentur sein wird und wie sich die Konjunktur entwickelt“, erklärte Schröder. Vielleicht hat er aber auch endlich die Schwächen seines Superministers erkannt. Der war schon bei seinen Umtrieben in NRW als Sponti und Choleriker bekannt: egozentrisch, ungeduldig und beratungsresistent. Sein ungezügelter Eifer war politisch nie erfolgreich. Wenn ihm nun der Ärger wieder einmal zu groß wird, wird er die Fliege machen. Ich möchte wetten, dass Clement nicht bis zum Ende dieses Jahres Minister bleibt.

Franz Kersjes

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:
Franz Kersjes,
Abendrothstraße 5, 50769 Köln,
Telefon: 0171 - 5 26 65 35,
Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird auch im Internet veröffentlicht.

www.weltderarbeit.de

Nachdruck erwünscht.
Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.